



HESSISCHER LANDTAG

02. 06. 2026

Plenum

Antrag

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Für einen verlässlichen Sozialstaat: Landesregierung muss sich klar gegen Kürzungen positionieren

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass soziale Gerechtigkeit nicht verhandelbar ist. Die Vorschläge einer von Bundeskanzler Friedrich Merz einberufenen Bund-Länder-Arbeitsgruppe zielen auf einen fundamentalen Rückbau unserer sozialen Sicherungssysteme ab. Mit dem Dokument „Effizienter Ressourceneinsatz bei Leistungsgesetzen“ vom 25. März 2026 droht unter dem Deckmantel der „Kostendämpfung“ ein Kahlschlag, der genau jene Gruppen trifft, die am stärksten auf staatliche Unterstützung angewiesen sind: Kinder, Jugendliche, Menschen mit Behinderungen und Alleinerziehende. Wer an sozialer Infrastruktur spart, gefährdet langfristig den gesellschaftlichen Zusammenhalt.
2. Der Landtag stellt fest, dass die in diesem Papier vorgeschlagenen Kürzungen eine weitere Verschärfung der Chancenungleichheit und eine Verschlechterung der Situation von Kindern, Jugendlichen, Familien, Alleinerziehenden und Menschen mit Behinderungen riskieren.
3. Der Landtag erkennt an, dass angesichts der desaströsen Haushaltslage von Kommunen dringender Reformbedarf besteht. Fachlich fundierte Vorschläge hierfür lieferte etwa die Sozialstaatskommission. Pauschale Kürzungsvorschläge, die auf eine fundamentale Einschränkung von Rechtsansprüchen und eine Reduzierung von Qualitätsstandards abzielen, werden die Haushaltslücken von Ländern und Kommunen jedoch nicht schließen können. Vielmehr verursachen sie erhebliche soziale und gesellschaftliche Folgekosten, die die wenig durchdachten, kurzfristigen Einsparpotenziale um ein Vielfaches übersteigen. Gerade in Zeiten multipler Krisen und gesellschaftlicher Verunsicherung bedarf es eines handlungsfähigen und solidarischen Sozialstaates. Es gilt, kluge Lösungen im Sinne effizienterer Strukturen zu entwickeln, die nicht zulasten von ohnehin benachteiligten Menschen gehen.
4. Der Landtag teilt die Forderung der Jugend- und Familienministerkonferenz nach Investitionen in die Kinder- und Jugendhilfe und begrüßt das klare Bekenntnis der Konferenz gegen Einsparungen zulasten der Angebote in der Kinder- und Jugendhilfe. Dem Einvernehmen der JFMK folgend, erwartet der Landtag von der Landesregierung, sich auf Bundesebene vehement für den Erhalt einer bedarfsgerechten Kinder- und Jugendhilfe einzusetzen.
5. Der Landtag fordert die Landesregierung auf:
 - a) sich mit aller Deutlichkeit gegen die Pauschalität der Kürzungsvorschläge der Bund-Länder-Arbeitsgruppe, die massive Einschnitte in der Kinder- und Jugendhilfe, der Eingliederungshilfe sowie beim Unterhaltsvorschuss bedeuten würden, zu positionieren.
 - b) sich auf Bundesebene insbesondere dafür einzusetzen, dass der Unterhaltsvorschuss unvermindert erhalten bleibt. Der Unterhaltsvorschuss ist für Alleinerziehende und deren Kinder, die ohnehin in besonderem Maße armutsgefährdet sind, von enormer Bedeutung.
 - c) sich auf Bundesebene deutlich gegen eine Verschiebung oder eine abweichende Gestaltung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung durch die Länder zu positionieren. Stattdessen muss sie die Kommunen tatkräftig darin unterstützen, eine flächendeckende und qualitativ hochwertige Ganztagsbetreuung, aufwachsend ab dem 1. August 2026 sicherzustellen.

- d) sich im Bund klar gegen eine Aufweichung des individuellen Rechtsanspruchs auf schulische Teilhabe auszusprechen, und stattdessen geeignete Pool- oder Infrastrukturmodelle für Schulbegleitung zu entwickeln, die Unterstützungsleistungen bei gleichzeitiger Wahrung individueller Ansprüche bedarfsgerecht und effizient organisieren.
- e) sich unmissverständlich für die Unterstützung junger Erwachsener, sog. Care Leaver, auszusprechen und die verbindliche Nachsorge nicht wieder vom Ermessen der zuständigen Behörden abhängig zu machen.
- f) das Landesjugendamt dem Koalitionsvertrag entsprechend in seiner Beratungs- und Koordinierungsfunktion für die kommunale Ebene zu stärken und mit den erforderlichen personellen Ressourcen auszustatten. Gleichzeitig sollte das HMSI einen hessischen Jugendhilfegipfel einberufen, der konkrete Vorschläge für einen sozialraumnahen, niedrighwelligen, präventiven und effizienten Ressourceneinsatz in der Kinder- und Jugendhilfe erarbeitet und langfristig dem stetigen Anstieg kostenintensiver stationärer Unterbringungen entgegenwirkt.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 2. Juni 2026

Der Fraktionsvorsitzende:
Mathias Wagner (Taunus)